

Der Genosse Marc-Bernhard Gleißner hat offensichtlich das linke Prinzip der Basisdemokratie nicht verstanden, wenn er sich im Dezernatsausschuss II wie folgt auslässt:

„Wir sind hier keine Lobby-Vertretung der Stadtteile, sondern ein gesamtstädtischer Ausschuss, der zum Wohle der gesamten Stadt entscheiden muss“ (TV, 17.09.12).

Eben an einer solchen Einstellung „von Oben herab“ scheitert der Trier Stadtrat wie die Heiligkreuzer Ortsbeiratsmitglieder erst kürzlich in ihrem „Brandbrief“ völlig zu Recht beklagt haben. Es werden nämlich im Stadtrat sehr häufig Entscheidungen gefällt, die den zuvor in den Ortsbeiräten getroffenen Bürgerwillen diametral widersprechen. Aber das kann nicht sein, wenn man sich basisdemokratisch orientiert und nicht nur einfach „von Oben herab“ versteht, wie es der Kollege Marc-Bernhard in seinem obigen Satz so treffend zum Ausdruck bringt.

Ein kurzer Blick in das „Kommunale Wahlprogramm der LINKEN von 2008“ hätte den Genossen vor dem Schlimmsten bewahren können – würde er es denn kennen! Hier werden unter dem Stichpunkt „Stadtentwicklung“ Zielvorgaben formuliert, die im Stadtrat durch linke Politikgestaltung umgesetzt werden sollen. Unter anderem:

„Die Schwerpunkte dieser Stadtteilarbeit sollen in Absprache mit den Ortsbeiräten durchgeführt werden. DIE LINKE setzt sich für eine partizipative Selbstverwaltung in den Stadtteilen Tiers ein. [...] Das böte die Gewähr, die Entwicklung der einzelnen Stadtteile und die Umsetzung der Stadtteilrahmenplanungen voran zu treiben und die Bürgerinnen und Bürger in angemessener Form weiterhin an der Stadtentwicklung zu beteiligen.“ (ebd., S. 13)

Leider missbraucht der Genosse zudem noch den Begriff des „Lobbyismus“: Hinter den „Ortsbeiräten“ steht nämlich kein Konzern oder irgendeine privatwirtschaftliche Firma, die Profite aus öffentlichen Geldern generieren möchte, sondern die Ortsbeiräte vertreten den öffentlichen Willen der Bürger/innen vor Ort in Trier, d.h. ihre Bedürfnisse und Vorstellungen dessen, was Kommunalpolitik in Trier umsetzen soll. Der Genosse Marc-Bernhard verwechselt also „Lobbyismus“, der Profite für anonyme Dritte bevorzugen will, mit politischem „Engagement“ der Bürger/innen vor Ort, dem sich die politischen Mandatsträger/innen verpflichtet fühlen sollten, wenn sie denn eine „Partei“ der Bevölkerung vertreten wollen. Vor diesem Hintergrund ist die von Marc-Bernhard Gleißner getroffene Entgegensetzung von „Stadtteilen“, die ja einen berechtigten politischen Willen formulieren und seinem von Oben herabgelassen „Ausschuss [...] zum Wohle der gesamten Stadt“ (TV, ebd.) schlichtweg irreführend und falsch. Das „Wohl der gesamten Stadt“ kann nämlich nicht dadurch erreicht werden, dass Beschlüsse der Ortsbeiräte „nie“ – oder wie hier immerhin schon seit 2007 (!) – nicht umgesetzt werden (sollen). Andere Beispiele in Kürenz und anderswo in Trier lassen Wartezeiten über 12 Jahren und mehr geradezu lächerlich erscheinen, was der „Brandbrief“ ja thematisiert und gegenüber der Verwaltung anprangert.

Will man also Kritik an der Entscheidung des Ausschusses üben, Gelder für einen Fußballrasenplatz in Irsch bereitzustellen, dann muss dies auf einer sachlichen Ebene geschehen: Hier hätte der Genosse darauf verweisen können, dass die Stadtverwaltung es bislang versäumt hat, auf einen Antrag DER LINKEN nach einem gesamtstädtischen Sportentwicklungsplan (2010) zu reagieren. Dieser Mangel hatte schon die Aufgabe der „Eissporthalle“ zur Folge – ganz zu schweigen von den maroden Finanzierungsvorstellungen der Verwaltung, die einer Bankenkonsolidierung mehr verpflichtet sind als den Bedürfnissen der Bürger/innen in Trier. – Das könnte der Genosse auch wissen und daraus LINKE Schlüsse ziehen. „Vernünftige Entscheidungen“ (TV, ebd.) sehen eben anders aus. Sie basieren schon gar nicht auf einem „kleinbürgerlichen Konkurrenzdenken“, wie der TV zwingend suggerieren möchte.